



77 Jahre Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki mahnen:

Atomwaffen ächten und aus Deutschland abziehen!

Am 6. und 9. August 1945 wurden US-Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Sie töteten 140.000 bzw. 70.000 Menschen sofort. Zehntausende erkrankten und starben in den folgenden Jahrzehnten. Noch heute leiden Menschen unter den Folgen.

Am 7. Juli 2017 beschlossen 122 Staaten den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen. Über 50 ratifizierten ihn mittlerweile. Die Bundesregierungen sprachen und sprechen zwar gerne vom Ziel einer atomwaffenfreien Welt, doch wenn es konkret wird, boykottieren sie das Abkommen seit 5 Jahren, verhandeln nicht mal darüber.

Nicht erst der Krieg in der Ukraine lässt befürchten, dass ein Konflikt atomar eskalieren könnte. Das wäre das Ende der menschlichen Zivilisation. Russland, das die Ukraine angegriffen hat, kündigte für den Fall eines atomaren oder existenzgefährdenden konventionellen Angriffs den Einsatz von Kernwaffen an. Die USA behalten sich schon immer ein „Recht“ auf einen Ersteinsatz vor. In den Medien heißt es dann einerseits: Russland drohe, andererseits: die USA warnen. Das Ergebnis wäre das selbe, egal, wer anfangen würde.

Die aktuellen Kriege mahnen zu allseitiger atomarer Abrüstung statt z.B. zur „Modernisierung“ der in Büchel in der gelagerten US-Atombomben. Es liegt in der deutschen Verantwortung dafür zu sorgen, dass die Atomwaffen aus Büchel abgezogen werden, zumal

sich hinter „Modernisierung“ die Stationierung neuer, erstschlags-geeigneter verbirgt. Vor über 10 Jahren hatte auch der Bundestag in einer Resolution den Abzug gefordert gefordert.

Zu beenden ist, und das liegt alleine in deutscher Hand, die „Atomare Teilhabe“. Nach der sollen, wenn in Washington der „Ernstfall“ ausgerufen



Hiroshima, Holzschnitt von Kiyoshi Asai, 1945

würde, deutsche Piloten mit deutschen Kampffjets atomare Angriffe fliegen. Damit macht man unser Land auch zum Ziel atomarer Erst- oder Zweitschläge. Das Weitergabeverbot des Atomwaffen-sperrvertrags würde missachtet werden.

Mit dem Ende der Atomaren Teilhabe könnte auch der Kauf von neuen Atombombern in den USA für 35 Mrd. Euro gestrichen werden, das Geld u.a. für Bildung, Soziales und Gesundheit verwendet werden. So wie auch die übrigen 65 Mrd. Sonderschulden für militärische Aufrüstung.

der funke extra, 06. August 2022, Zeitung der Bad Kreuznacher DKP. Kontakt und v.i.S.d.P.:

V. Metzroth, Postfach 525, 55529 Bad Kreuznach, eMail dkp-kh@gmx.de, Versand als E-Mail und Verteilung als Flugblatt in wechselnder Auflage. Die lokale Gruppe der DKP trifft sich i.d.R. am 3. Montag im Monat um 19 Uhr im Wassersümpfchen 23, 55543 Bad Kreuznach, weitere Termine auf Anfrage per E-Mail.

Konkurs der Optisch 1982: „Der Wundermann“

Schon damals staunte nicht nur ich, als die Springerpresse den Eigentümer der Optisch den „Wundermann“ nannte. In der Lokalpresse wurde jüngst der Herr Mandermann zum 100. Geburtstag post mortem erneut glorifiziert. Als Zeitzeuge, u.a. damals Mitinitiator der Bürgerinitiative „Rettet die Optisch“ und noch lange mit Ehemaligen der Optisch bekannt, vermisse ich da einiges.

Herr M. trat nicht erst nach dem Konkurs 1982 als „Retter“ auf. Er war schon vorher Hauptanteils-eigner und Aufsichtsratsvorsitzender der Schneider Optik AG. Ob er sehenden Auges die für ihre Weltklassenprodukte bekannte Firma in den Konkurs laufen ließ? Viele empfanden es so.

800 Entlassene standen vor dem Aus und viele weinend vorm Tor. Teils hatten sie Abfindungs-Ansprüche bei baldiger Frühverrentung. Bis 40.000 Mark, viel Geld damals. Aber es war keines mehr da. Grundstücke, Gebäude, Maschinen, alles gehörte schon den Banken, sicherungsübereignet. Als Hohn und Spott empfanden Betroffene eine Stadtratsentschließung. SPD, CDU und FDP

appellierten damals an die „Leistungsbereitschaft aller“. Als hätten die Beschäftigten der Optisch diese je missen lassen. Früher nicht und bis heute nicht!

Herr M., vermögend geworden durch den Handel mit VEB-Pentacon-Geräten (DDR), kaufte die Konkursmasse und gründete die „Jos. Schneider Optische Werke GmbH“. So wurde er Alleinbesitzer von allem, samt der Patente. 380 Entlassene stellte er ein.

Der Kaufpreis seiner AG-Anteile war weg. Aber auch die halbe Belegschaft, samt individueller Ansprüche und die früheren Mit-Eigner. Schwer zu verstehen für alle, die nach Jahrzehnten ihre Arbeit verloren, dass die GmbH rechtlich nichts mit der AG zu tun hatte, sie pro Mark Ansprüche irgendwann nur einige Pfennige bekamen. Was nicht ich alleine als einen „gesunden Konkurs“ für den Herrn M. empfand.

Wo Geld regiert, ich nenne das Kapitalismus, sind die Gesetze eben so, dass die Arbeitenden am Ende meist die Dummen sind, derweil die Eigner ihre Schäfchen ins Trockene brachten. Meinen Blick darauf trüben auch Geschichten über „Wundermänner“ nicht.

Volker Metzroth

Das wird teuer: Wirtschaftskrieg treibt Preise für Gas, Strom und Heizöl

„Die Kunden der Stadtwerke (Bad Kreuznach) müssen ab 1. Januar 2023 mit drei- bis viermal so hohen Energiekosten rechnen.“ So deren Chef laut AZ vom 19. Juli. „Wer zum Beispiel bisher 150 Euro im Monat vorausgezahlt hat, wird im kommenden Jahr mit rund 500 Euro monatlich belastet sein.“ so der Geschäftsführer der Gewobau am 29. Juli in der AZ. Fest steht für uns: Auch hierzulande werden viele mehr Menschen kein Geld mehr für andere nötige Ausgaben haben, oft gar vor die Frage „essen oder heizen“ gestellt sein.

44% der Menschen können sich schon jetzt vorstellen, dagegen auf die Straße zu gehen. Gut so, sagen wir, und weisen die Versuche aus dem Innenministerium zurück, diese vorab in die rechte Ecke zu stellen. Rechte werden versuchen, sich da anzuhängen, wie schon immer. Die Linke (meint mehr als die LINKE) muss sich hier eindeutig zugunsten der Betroffenen positionieren, auch auf Straßen und Plätzen. Wir werden dabei sein!

DKP zur Einführung einer zusätzlichen Umlage auf die Gaspreise

„Weg mit den Sanktionen. Stoppt die Pläne für noch höhere Gaspreise durch eine Umlage, die nur den Konzernen nützt. Die Bundesregierung plant eine zusätzliche Umlage auf die bereits horrend gestiegenen Preise. Damit sollen unter anderem die Milliarden, die der Konzern Uniper erhält, finanziert werden.“

Dabei verdienen heute Konzerne an den gestiegenen Gaspreise, indem sie Gas, das nach alten Verträgen günstig bezogen wird, teuer nach Polen weiterverkaufen und damit hier das Gas verknappen, um wiederum an der Preisschraube zu drehen. Wie immer zahlen Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, Studentinnen und Studenten die Zeche der Konzerne und ihrer Regierung. Robert Habeck, olivgrüner Wirtschaftsminister wird zitiert: „Es wird Härten geben und die Härten werden getragen werden müssen.“ Ehrlicher wäre gewesen, er hätte gesagt: „Ihr zahlt die Zeche für unsere Sanktions- und Kriegspolitik.“

Die DKP sagt, Sanktionen stoppen keine Kriege, sie eskalieren – deswegen fordern wir ein Ende der Sanktionen. Wir fordern ein Einfrieren der Energiepreise auf dem Stand von Juni 2021, wir fordern die Inbetriebnahme von North Stream II anstatt des Imports von umweltschädigendem Frackinggas. DKP PV, 28.7.22“

